

Skandalgeschichte als Zeitgeschichte

Martin Sabrow

I. Der politische Skandal als Phänomen

Es ist ein Skandal mit dem Skandal: Das »öffentlich gegebene Beispiel der Verachtung strenger Pflichtgesetze«, als das Immanuel Kant den Skandal definierte, lässt sich analytisch schlecht fassen in einer Zeit der Medienöffentlichkeit, die von Jahr zu Jahr immer mehr Skandale produziert und sucht. Seit Jahrzehnten schon ist die Skandalisierung zu einem Hauptmoment medialer Politikvermittlung geworden, gleichsam »zu einer Art Medium der Medien geworden«.¹ Skandale prägen die Präsidentschaften der USA – von Richard Nixons zum Schlagwort gewordenen »Watergate« 1968 und Bill Clintons Liaison mit einer Praktikantin 1998 bis hin zu den vier Jahren der Präsidentschaft von Donald Trump, die sich rückblickend in toto als eine *chronique scandaleuse* präsentieren. Die europäische Skandalgeschichte des 20. und frühen 21. Jahrhunderts reicht von dem in die Mafia verstrickten Ministerpräsidenten Bettino Craxi und den amourösen Eskapaden Silvio Berlusconis in Italien bis zu den Korruptionsaffären Nicolas Sarkozys in Frankreich, vom aussichtslosen Kampf gegen die Korruption in Rumänien und den kirchlichen Missbrauchsskandalen in Polen bis hin zu den Gerüchten um einen Putin-Palast in Russland. Die Waldheim-Affäre beschäftigte die österreichische Politik in den späten 1980er Jahren nicht weniger als dreißig Jahre später die »Strache-Affäre« von 2019, und in Deutschland schlugen die von badenden Sozialdemokraten ausgelösten Empörungswellen erst 1919 über Friedrich Ebert und Gustav Noske und 2003 über Rudolf Scharping zusammen.

Der Reigen großer politischer Skandale in der Bonner Republik spannt sich von der Spiegel-Affäre 1962 und den Umständen des Kanzlersturzes Willy Brandts 1974 bis zur Enthüllung um das Geschäftsgebaren der »Neuen Heimat 1982« und die Barschel-Affäre 1987.² Den Zusammenbruch des SED-Regimes beschleunigte die Entrüstung über die

1 Bernhard Pörksen/Hanne Detel, Über die Zukunft der Enthüllung – Journalismus in einer veränderten Medienwelt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012), Nr. 29-31, S. 9-14, hier S. 9.

2 Eine Ausstellung in Bonn versammelte 2007/2008 neben einem ostdeutschen 19 westdeutsche Skandale »seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs von herausgehobener Bedeutung«. Siehe dazu Hans Walter Hütter, Vorwort, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Skandale in Deutschland nach 1945, Bonn 2007, S. 6-9, hier S. 7.

Privilegien der Parteiliten in Wandlitz, und vereinigungsbedingt folgten die Leuna-Affäre und die skandalösen Umstände der mit der Treuhand verbundenen Privatisierung ostdeutscher Betriebe, bevor in der Berliner Republik unter vielen anderen 1999 Kanzler Kohls »schwarze Kassen«, 2011 der Plagiatsfall Karl-Theodor zu Guttenbergs, und ein Jahr später der Verdacht der Bestechlichkeit gegen Bundespräsident Christian Wulff zu Aufsehen erregenden und lang anhaltenden Skandalen führten.

Durch die Wirkungsmacht der sozialen Medien befeuert, reichen politische Skandale längst über den Rahmen der klassischen Politik hinaus und betreffen keineswegs mehr allein politische Akteurinnen und Akteure. Ein Lehrstück besonderer Art bietet hier eine kleine Skandalkaskade, die im Frühjahr 2021 die Sportwelt in Deutschland erfasste, auf sprachpolitischem Feld ausgetragen wurde und von dem Präsidenten des Deutschen Fußballbundes Fritz Keller ausging, der seinen Vorstandskollegen Rainer Koch herabsetzte, indem er ihn in einem internen Gespräch mit NS-Richter Roland Freisler verglich, was dieser prompt bei der Ethikkommission des Verbandes anzeigte. Wenige Tage darauf erweiterte der prominente ehemalige Nationalspieler und nunmehrige Fußballkommentator Jens Lehmann die Liste sprachlichen Fehlverhaltens im Sportbereich um eine Sprachnachricht, die den früheren und jetzt ebenfalls als TV-Experten tätigen Sportkameraden Dennis Aogo als »Quotenschwarzen« bezeichnete. Kurz nachdem der sich beleidigt Gefühlte diese irrtümlich an ihn gegangene WhatsApp-Message auf der *social media* Plattform Instagram gepostet hatte, setzte er sich selbst Skandalvorwürfen aus, indem er der bravourös auftretenden Vereinsmannschaft eines europäischen Pokalwettbewerbs bescheinigte, »bis zum Vergasen« trainiert zu haben. Die eigentliche Sphäre des Politischen erreichte der Skandal, als sich unmittelbar darauf nun auch der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit einer Twitter-Mitteilung einschaltete, die ein kolportiertes obszönes Zitat des als »Quotenschwarzen« verächtlich gemachten TV-Experten nutzte, um ihn in ironischer Zuspitzung selbst als Rassisten hinzustellen.

Der Vorgang ist in doppelter Weise aufschlussreich. Er zeugt von der außerordentlichen medialen Beschleunigung, die im weiteren Sinne politische Skandale infolge der zunehmenden Boulevardisierung der politischen Kommunikation³ und des Aufkommens der *social media* im digitalen Zeitalter erfahren haben;⁴ er zeugt aber auch von der verheerenden Wirkung, die zunächst auch unbedeutend erscheinende Missgriffe entfalten können, sobald sie die Öffentlichkeit erreichen und von der Nachricht zum Skandal werden. Insinuirende Freisler-Vergleiche hatten noch vor wenigen Jahren zum

3 Zur Rolle der »soft news media« in der politischen Kommunikation der Gegenwart: Matthew A. Baum, Sex, Lies, and War: How Soft News Brings Foreign Policy to the Inattentive Public, in: The American Political Science Review 96 (2002), Nr. 1, S. 91-109.

4 Vgl. den Kommentar des Schriftstellers Moritz Rinke zum Sprachskandal im deutschen Fußball: »Mein Gott, womit wir uns beschäftigen. [...] Menschen wie mich, die manchmal Monate oder Jahre an Sätzen und Bedeutungen arbeiten, die Romanlektorate, Skriptfahnen und Korrekturen durchlaufen, macht dieses Geposte und Getweete und Geschwätz mit den anschließenden Erregungszuständen zunehmend fassungslos. Was für eine postredaktionelle, nervige Zeit! Warum müssen Menschen alles, was sie gerade denken, sofort posten? Oder liegt es andersherum an all den Social-Media-Formaten, die nun einmal da sind und gefüllt werden müssen, egal mit was?« Moritz Rinke, Postredaktionelle Zeiten, in: Der Tagesspiegel v. 16.5.2021.

Standardrepertoire der politischen Schmähung gehört und waren im Berliner Abgeordnetenhaus⁵ ebenso zu hören gewesen wie im Greifswalder Kreistag⁶ und noch 2017 in einem konkreten Fall vom Oberlandesgericht München für zulässig erklärt worden.⁷ Die von einem »Smiley« begleitete WhatsApp-Nachricht mit der Frage »Ist Dennis eigentlich euer quotenschwarzer?« empfand der irrtümlich so Angesprochene zwar als durchaus »ein Stück weit respektlos« und veröffentlichte sie postwendend auf Instagram, nahm aber die Entschuldigung seines Urhebers sofort an und fand »es auch nicht richtig, dass sich jetzt alle auf ihn stürzen«. ⁸ Der polysemische Terminus »Vergasung«, der im technischen Zusammenhang der Brennstoffumwandlung bis heute neutrale Verwendung findet, war seit langem in der Schädlingsbekämpfung gebräuchlich, bevor er nach 1945 im öffentlichen Sprachgebrauch zum Synonym der Judenvernichtung wurde, aber in einschlägigen Wortschatzsammlungen bis heute als gebräuchliche Redensart aufgeführt wird.⁹

In allen vier Fällen erwuchs aus dem Vorgang für seinen Urheber in kürzester Zeit eine unmittelbare Bedrohung für Amt und Ansehen. Der durch seinen Freisler-Vergleich unhaltbar gewordene Verbandspräsident Keller, dessen verbale Entgleisung verbandsintern »auf das Schärfste verurteilt« wurde,¹⁰ willigte nach langem Widerstreben in die Amtsaufgabe ein und riss die gesamte Verbandsführung mit sich in den Rücktritt. Der ausfällige Fußballkommentator verlor nicht nur seine lukrative TV-Beschäftigung, sondern obendrein ein bedeutendes Funktionärsmandat als Mitglied im Aufsichtsrat eines Bundesligaverbands und selbst noch das Zutrittsrecht zum Trai-

- 5 Bernd Kammer, Nazi-Vergleich sorgt für Empörung, in: Neues Deutschland v. 19.6.2004, <<https://www.neues-deutschland.de/artikel/54995.nazi-vergleich-sorgt-fuer-empoerung.html>> (12.5.2021).
- 6 Daniel Focke, CDU empört über Vergleich mit Nazi-Richter, in: Nordkurier v. 11.7.2020, <<https://www.nordkurier.de/anklam/cdu-empoert-ueber-vergleich-mit-nazi-richter-1139996907.html>> (12.5.2021).
- 7 Bayerische Staatskanzlei, Bayern.Recht, <<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-30-o-Z-BECKRS-B-2017-N-112292?hl=true>> (12.5.2021).
- 8 O.V., »Quotenschwarzer«-Nachricht von Lehmann: Aogo gibt bemerkenswertes Statement ab, in: tz.de v. 7.5.2021, <<https://www.tz.de/sport/fussball/jens-lehmann-dennis-aogo-hertha-bsc-sky-quotenschwarzer-rassismus-zr-90495315.html>> (12.5.2021). Beide Morpheme des Kompositums »Quotenschwarzer« werden in anderen Zusammenhängen nicht als beleidigend empfunden, und Begriffe wie »Quotenossi« sind in die publizistische Alltagssprache eingewandert. Vgl. bspw. Mariam Lau, Angela Merkel, Anti-Quotenfrau, Anti-Quotenossi, in: Die Welt v. 25.9.2009, <<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article4625589/Angela-Merkel-Anti-Quotenfrau-Anti-Quotenossi.html>> (12.5.2021).
- 9 »Vergasungf. »Umwandlung in Gas« (19. Jh.), »Giftgaseinsatz« (in der Schädlingsbekämpfung, im Kriege, 20. Jh.), redensartlich *bis zur Vergasung* »bis zum Überdruß«.« Wolfgang Pfeifer u.a., Etymologisches Wörterbuch des Deutschen (1993), digitalisierte und von Wolfgang Pfeifer überarbeitete Version im Digitalen Wörterbuch der deutschen Sprache, <<https://www.dwds.de/wb/etymwb/Vergasung>> (12.5.2021).
- 10 O.V., Landesverbände fordern Rücktritt von DFB-Präsident Fritz Keller, in: Der Tagesspiegel v. 2.5.2021, <<https://www.tagesspiegel.de/sport/landesverbaende-fordern-ruecktritt-von-dfb-praesident-fritz-keller-vizepraesident-koch-akzeptiert-kellers-entschuldigung-nicht/27151464.html>> (12.5.2021).

ningsgelände seines Jugendclubs.¹¹ Sein über Nacht vom Opfer zum Täter gewordener Kollege wiederum sah sich gezwungen, seine lukrative Tätigkeit im Sportfernsehen »vorerst ruhen« zu lassen,¹² und der Öl ins Feuer gießende Kommunalpolitiker sah sich in der Folge mit einem Parteiausschlussverfahren konfrontiert, weil sein eigenes Lager ihn nicht mehr als einen der Seinen anerkannte.

II. Der Skandalbegriff

So schwer es scheinen mag, diese polyphonen Ausdrucksformen öffentlicher Erregung im politischen Leben einer ordnenden Betrachtung zu unterziehen, so deutlich wird doch an ihnen erkennbar, dass der Skandal ein Phänomen ist, das ebenso von einem anstößigen Sachverhalt bestimmt ist wie von seiner öffentlichen Aufnahme. Der Skandal kreist um die Verletzung gesellschaftlich anerkannter Werte, und in ihm gewinnt die »öffentliche Empörung über eine unerwartet aufgedeckte moralische Normüberschreitung« Gestalt.¹³ Auch in der Berichterstattung über die Kleinskandalfolge im deutschen Fußball erhoben sich Stimmen, die diese Ambiguität reflektierten und den konstitutiven Zusammenhang von Produktion und Rezeption im Skandal thematisierten:

»Die spannende Frage: Was zur Hölle ist hier los? Was ist in die Protagonisten gefahren? Waren Gewalt, Skandale und Beleidigungen schon immer Teil des Geschäfts und lediglich unterm Radar? Ist es Zufall, dass jetzt das ganze Übel ans Licht kommt? Glauben einige Fußballer, dass für sie keine Gesetze gelten und keine Regeln? Oder liegt es einfach daran, dass der hypernervösen Gesellschaft heute Aussagen auffallen, die früher nicht nur toleriert wurden, sondern in Teilen als ganz normal galten?«¹⁴

Hilfestellung bietet hier die Begriffsgeschichte.¹⁵ In seiner ursprünglichen Wortbedeutung bezeichnet der griechische Terminus *σκανδαλίζω* das Stellhölzchen oder den

-
- 11 Julian Graeber, Rassistische Nachricht von Jens Lehmann. Bei Hertha BSC brennt es mal wieder, in: Der Tagesspiegel v. 5.5.2021, <<https://www.tagesspiegel.de/sport/rassistische-nachricht-von-jens-lehmann-bei-hertha-bsc-brennt-es-mal-wieder/27160830.html>> (12.5.2021); o.V., Wegen rassistischer Äußerung: Jens Lehmanns Jugendverein erteilt Hausverbot, in: FAZ.net v. 6.5.2021, <<https://www.faz.net/aktuell/sport/fussball/jens-lehmann-hausverbot-bei-jugendverein-nach-rassistischer-aeusserung-17328225.html>> (12.5.2021).
 - 12 O.V., »Bis zum Vergasen«: Aogo lässt Sky-Job nach verbalem Fehltritt vorerst ruhen, in: focus online v. 7.5.2021, <https://www.focus.de/sport/fussball/dennis-aogo-bis-zum-vergasen-nach-fehltritt-zieht-sich-dennis-aogo-als-sky-experte-vorerst-zurueck_id_13269005.html> (12.5.2021).
 - 13 Frank Bösch, Öffentliche Geheimnisse. Die verzögerte Renaissance des Medienskandals zwischen Staatsgründung und Ära Brandt, in: Bernd Weisbrod (Hg.), Die Politik der Öffentlichkeit – die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 125–150, hier S. 126.
 - 14 Florian Wichert, Jetzt kommt das ganze Übel ans Licht, in: t-online v. 7.5.2021, <https://www.t-online.de/nachrichten/id_89982718/von-keller-bis-lehmann-skandale-erschuettern-den-fussball.html> (12.5.2021).
 - 15 Vgl. zum Folgenden Martin Sabrow, Politischer Skandal und moderne Diktatur, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 7–32.

Köder einer Falle, dessen unvorsichtige Berührung sie zuschnappen lässt, während *σκάνδαλον* zunächst die Falle selbst meint, sich im Weiteren aber auch einerseits mit Lockung und Lust, zum anderen aber auch mit Anstoß und Ärgernis übersetzen lässt.¹⁶ Der Terminus trägt also schon von alters her einen Doppelsinn in sich. Im wörtlichen wie im übertragenen Sinne bezieht er sich auf die Urheberchaft und die Aufdeckung des Skandals zugleich, er hebt sowohl auf die persönliche Verfehlung selbst wie auf deren Ahndung durch die Mitwelt ab, und diese Uneinheitlichkeit durchzieht die Entwicklung des Skandalbegriffs bis in die Gegenwart. Ihm ist unaufhebbar die Doppelbedeutung von Missstand und Entrüstung eingeschrieben, und ihr trug auch Luther Rechnung, als er sich für die Übersetzung des griechischen »skandalon« mit dem Wort »Ärgernis« entschied, das sowohl das ärgerliche Vorkommnis wie seine verärgerte Aufnahme bezeichnen kann, also ebenso auf den Urheber wie auf die Umstehenden deutet.

Der Terminus Skandal lässt sich auf dieser Grundlage als Dreischritt von »Ärgernis, Aufsehen, Lärm« fassen.¹⁷ Das den Skandal ermöglichende »Ärgernis« umfasst ein abweichendes, gegen geschriebene oder ungeschriebene Normen verstoßendes Verhalten von Personen, die im Widerspruch zu den Leitvorstellungen einer Zeit oder Sozialgruppe stehen.¹⁸ Mit dem »Aufsehen«, das eine anstößige Normverletzung erregt, kommt die Öffentlichkeit ins Spiel und ihre Macht, den Schleier der Diskretion zu lüften, das Fehlverhalten zu benennen und Konsequenzen einzufordern. Zu einem Skandal wird ein bekannt gewordener Missstand allerdings erst, wenn mit dem »Lärm« ein weiteres Distinktionsmerkmal hinzutritt, das die organisierende Kraft eines Skandals von anderen öffentlichen Wahrnehmungen staatlichen Handelns oder gesellschaftlicher Konflikte abhebt. Erst mit der Mobilisierung öffentlicher Erregung wird die Panne zum Skandal, dessen Eigendynamik Ausflüchte, Beschwichtigungen und Vertuschungen unter sich begräbt oder gar als Brandbeschleuniger nutzt.

Damit sind die drei typologischen Bedingungen genannt, die den Skandal von anderen Phänomenen des öffentlichen Handlungsraums unterscheiden: zum einen die vermutete oder gegebene Normverletzung, zum anderen deren Vermittlung nach außen und zum dritten die Eigendynamik der öffentlichen Reaktion, die »aus dem Ruder läuft«, sich der Steuerung entzieht. Diese von Karl Otto Hondrich entwickelte Trias von »Verfehlung – Enthüllung – Empörung«¹⁹ stellt sich auf der Akteursebene als Interaktion zwischen drei Faktoren dar: einem öffentlichkeitsbekannten Skandalisierten, der gegen die gesellschaftlich geltenden Werte und Regeln verstößt, dann als zweitem Faktor einem Skandalisierer, der den Verstoß öffentlich macht, und schließlich als drittem

16 Wilhelm Gemoll, Griechisch-Deutsches Schul- und Handwörterbuch, 9. Aufl., Wien/München o.J., S. 676.

17 So bereits zu Zeiten der Weimarer Republik: Meyers Lexikon, Bd. 11, Leipzig 1929, S. 346.

18 Dass »der Skandal immer auch an Individuen gebunden ist« oder zumindest über das Tun und Lassen von Personen verhandelt wird, wurde in der Literatur zu Recht immer wieder hervorgehoben. Vgl. Kristin Bulkow/Christer Petersen, Skandalforschung: Eine methodologische Einführung, in: Dies. (Hg.), Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung, Wiesbaden 2011, S. 9–25, hier S. 13.

19 Karl Otto Hondrich, Skandale als gesellschaftliche Lernmechanismen, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Der politische Skandal, Stuttgart/Bonn 1992, S. 175–189, hier S. 179.

Faktor einem Publikum, das die Entwicklung durch seine Aufmerksamkeit dynamisiert.²⁰ Auf dieser Grundlage sind klare Abgrenzungen möglich: *Skandale* sind nicht mit beliebigen *Missständen* deckungsgleich (die mangels öffentlicher Empörung nicht zum Skandal werden), und sie lassen sich bei subtiler Wortwahl womöglich auch von den meist synonym gebrauchten *Affären* abheben, die zumeist auf der Schwelle des sozialen Aufsehens verharren, ohne sich zur unsteuerbaren Empörung auszuwachsen, weil sie sich letztlich in einer individuellen Verfehlung ohne Auswirkung auf das Normengefüge erschöpfen.

Offen aber bleibt damit die Antwort auf die Frage, wie sich das bemerkenswerte Anwachsen von Affären und Skandalen in den letzten Jahrzehnten erklären lässt, die mit der Verteilung und Ausübung ebenso wie mit der Kontrolle und Legitimation von politischer Herrschaft zu tun haben.²¹ Nun gibt es gute Argumente für die Vermutung, dass der Glaube an eine gegenüber früheren Zeiten besorgniserregend gewachsene Zahl von Skandalfällen in unseren Tagen nicht zuletzt auf einer verzerrten Selbstverortung der Gegenwart beruht – immerhin erschütterten etwa der Barmat- und der Sklarek-Skandal²² die Weimarer Demokratie ungleich tiefer als die *Spiegel*-Affäre oder der Skandal um Kanzler »Kohls schwarze Kassen«²³ die Bundesrepublik. Doch unbestreitbar bestimmen Mandatsmissbrauch, Vorteilserschleichung und Charakterschwäche in der Welt der Politik die öffentliche Beschäftigung mit politischen Fragen in weit höherem Maße als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Und dabei lehrt ein erneuter Blick auf die jüngste Geschichte der USA, dass die Wahrnehmungs- und Reaktionsschwellen in Bezug auf politische Skandale zeit- und milieubedingt ganz unterschiedlich hoch sein können.²⁴ Kontrovers wird freilich immer noch die Frage diskutiert, ob die Zunahme politischer Skandale auf einen entsprechenden Anstandsverlust in der politischen Klasse zurückzuführen oder in einer gesteigerten Sensibilität des immer schneller zur öffentlichen Entrüstung neigenden Publikums zu suchen ist.²⁵

-
- 20 Vgl. Sighard Neckel, Das Stellohölzchen der Macht. Zur Soziologie des politischen Skandals, in: Rolf Ebbighausen/Sighard Neckel (Hg.), Anatomie des politischen Skandals, Frankfurt a.M. 1998, S. 55–80, hier S. 58f.
 - 21 Dirk Käsler u.a., Der politische Skandal. Zur symbolischen und dramaturgischen Qualität von Politik, Opladen 1991, S. 12f.
 - 22 Stephan Malinowski, Politische Skandale als Zerrspiegel der Demokratie. Die Fälle Barmat und Sklarek im Kalkül der Weimarer Rechten, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 46–65.
 - 23 Hans Hütt, Späte Erkenntnisse: Die schwarzen Kassen des Helmut Kohl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3.12.2017.
 - 24 Die Zahl der Skandale hat sich seit den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik verzehnfacht. Vgl. dazu Hans Matthias Kepplinger, Skandal, in: Otfried Jarren/Ulrich Sarcinelli/Ulrich Saxer (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch, Opladen 1998, S. 723. Eine genauere quantitative Analyse zum Auftreten von Skandalen hat Kepplinger für die Jahre 1950 bis 1989 am Beispiel der Berichterstattung im *Spiegel* unternommen: Hans Matthias Kepplinger, Skandale und Politikverdrossenheit, in: Otfried Jarren/Heribert Schatz/Hartmut Weßler (Hg.), Medien und politischer Prozeß. Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel, Opladen 1996, S. 41–58.
 - 25 Letztere Auffassung dominiert in der Skandalforschung: »Es mag ja sein, daß es immer weniger Tugend gibt in der modernen Welt, und besonders in der Welt der Politik. Aber genauso gut ist es möglich, daß nicht die Moral gesunken, sondern unser Anspruch an sie gestiegen ist. Wir haben

III. Der Skandal als Forschungsgegenstand

In jedem Fall aber hat Niklas Luhmanns Verdikt von 1972, dass es »über Skandale kaum Literatur gibt, die nicht selbst skandalös ist«, ²⁶ angesichts einer mittlerweile breiten geschichts- und kommunikationswissenschaftlichen Forschung zum Skandal als mediengeschichtlichem Phänomen, seine Berechtigung längst verloren. ²⁷ Studien wie die von Martin Kohlrausch und Frank Bösch über Skandale in Deutschland und Großbritannien haben die eigentümliche Häufung von Skandalen an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert aus der Veränderung der politischen Kommunikation mit dem Anbruch des Massenzeitalters zu erklären vermocht. ²⁸ Der wachsende Demokratisierungsdruck und das Aufkommen der Massenpresse schufen die Voraussetzungen für das facettenreiche Skandalpanorama, das sich in den drei Jahrzehnten zwischen 1880 und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf den politischen Bühnen Englands und Deutschlands entrollte und das im Zuge der Massenmedialisierung zu seiner heutigen Omnipräsenz gelangte.

In Deutschland wie in England etablierten sich am Ende des 19. Jahrhunderts wirkungsmächtige Instanzen der »Vierten Gewalt«, die wie William T. Stead in England und Maximilian Harden in Deutschland ihre Skandalisierungsmacht im Stile einer publizistischen Nebenregierung ausübten und dabei die Grenzen zwischen öffentlichem Wächteramt und politischem Gestaltungsanspruch gezielt verwischten. Aus heutiger Sicht bleibt zugleich erstaunlich, mit welcher Bereitwilligkeit sich die Justiz in beiden Ländern zu Komplizen skandalisierter Eliten und Machthaber machte, sodass am Ende die Aufdecker von Missständen in der Regel härter zu büßen hatten als deren Verursacher. Zugleich hat die Forschung gezeigt, dass Politik- und Moralskandale weit stärker der Durchsetzung und Verschärfung geltender sozialer Normen als ihrer Infragestellung dienen. Skandale können eine reinigende Funktion haben und Reformen bewirken, indem sie die Grenzen des Sagbaren neu ziehen und bisher geschützte Handlungen öffentlicher Kritik zugänglich machen. Sie können aber auch als ein Akt negativer

die Meßlatte höher gelegt. Was uns heute verwerflich erscheint, war es nach den Maßstäben von gestern und vorgestern noch nicht.« Karl-Otto Hondrich, *Enthüllung und Entrüstung. Eine Phänomenologie des politischen Skandals*, Frankfurt a.M. 2002, S. 10. Andere Autoren argumentieren vermittelnd: »Gibt es [...] Skandale, wie in der Bundesrepublik der achtziger Jahre, kann man dies als Zeichen werten für die gestiegenen Korruptheit der Politik; man kann aber auch den Schluß ziehen, daß allein die Chancen der Skandalisierung verbessert, mithin das Erwartungsniveau an die Sauberkeit in der Politik gestiegen ist.« Erhard Blankenburg, *Korruption und Skandal – Zwei Seiten derselben Medaille*, in: Hans Oswald (Hg.), *Macht und Recht. Festschrift für Heinrich Popitz zum 65. Geburtstag*, Opladen 1990, S. 141-154, hier S. 144.

- 26 Niklas Luhmann, *Rechtssoziologie*, Bd. 1, Reinbek 1972, S. 62, Anm. 69.
- 27 Frank Bösch, *Historische Skandalforschung als Schnittstelle zwischen Medien-, Kommunikations- und Geschichtswissenschaft*, in: Fabio Crivellari/Kay Kirchmann/Marcus Sandl/Rudolf Schlögl (Hg.), *Die Medien der Geschichte. Historizität und Medialität in interdisziplinärer Perspektive*, Konstanz 2004, S. 445-464.
- 28 Martin Kohlrausch, *Der Monarch im Skandal. Die Logik der Massenmedien und die Transformation der wilhelminischen Monarchie*, Berlin 2005; Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880-1914*, München 2009.

Demokratie zur wirkungsmächtigen Verfestigung von Stereotypen beitragen, moralische und politische Vorurteile schüren und ein Klima des Misstrauens erzeugen. Der Skandal tritt in historischer Perspektive ebenso als Waffe der Ohnmächtigen und Vehikel der Demokratisierung in Erscheinung wie als Instrument der sozialen Polarisierung und der demagogischen Mobilisierung.

Die demokratische Reinigungskraft des Skandals bleibt also umstritten. Schauen wir auf die Situation unserer Tage, sehen wir überdeutlich, dass der Skandal die eigentliche Waffe der vierten Gewalt, also der Öffentlichkeit ist. Erst das vielstimmige Echo einer aufmerksam gewordenen Öffentlichkeit, der hechelnde Spürsinn ihrer medialen Nachschublieferanten und womöglich die nachprüfende Befassung zuständiger Behörden verleihen dem tatsächlichen oder vermeintlichen Missstand die Durchschlagskraft, vor der plötzlich selbst die Mächtigsten taumeln, die eben noch gegen alle Kritik und Einrede erhaben oder taub gewesen waren.

Aus diesem Zusammenspiel erwächst die Steigerungsdynamik des Skandals, die regelmäßig im selben Maße zunimmt, in dem sich das Objekt der Skandalisierung zur Wehr setzt: Wer sich weigert, die Konsequenzen aus seinem Ansehensverlust zu ziehen, hat mit der Zunahme der öffentlichen Empörung zu rechnen, wie exemplarisch der vergebliche Versuch Christian Wulffs vorführt, sich im Amt des Bundespräsidenten zu halten. Erst nach seinem Rücktritt begann die Öffentlichkeit sich über die Nichtigkeit mancher Vorwürfe Gedanken zu machen, und rieb sich schließlich die Augen, dass der Inhaber des höchsten deutschen Staatsamts am Ende über das billige Spielzeuggeschenk eines Autohauses zu Fall kam.

Wie im Großen, so im Kleinen: Auch in dem oben angesprochenen Skandal auf einem gesellschaftlichen Handlungsfeld, in dem gemeinhin eher die Fertigkeit in der Ballbehandlung als im Sprachgebrauch gefragt ist, griffen die Regeln der Skandalodynamik und entschied die offensiv bekundete oder halsstarrig verweigernde Bereitschaft der Skandalverursacher zu Einsicht und Reue über die Härte der Sanktion. Allein der für seine Widerborstigkeit bekannte Oberbürgermeister Boris Palmer, der sich lediglich auf ein halbherziges Abrücken von seinem Tweet einließ,²⁹ musste seinen Trotz mit entrüsteten Rücktrittsfordernungen und einem massiven Popularitätsverlust in der eigenen politischen Klientel bezahlen. Der Verbandsfunktionär Fritz Keller wiederum hatte sich vergeblich über eine Doppelstrategie von Selbstbeichtigung³⁰ und Rücktrittsweige-

29 »Ich gebe zu: Das war ein misslungener Satireversuch. [...] Ich akzeptiere sehr wohl, dass mein Kommentar misslungen ist, dass er unklug war, dass er völlig unnötigen Schaden angerichtet hat, nicht zuletzt auch für mich und meine Stadt.« Zit.n. Lisa Nienhaus, Boris Palmer: Warum kann er nicht die Klappe halten?, in: Die Zeit v. 12.5.2021. Vgl. auch o.V., Palmer bezeichnet Facebook-Post als misslungen – lehnt aber Entschuldigung ab, in: Spiegel Online v. 11.5.2021, <<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-boris-palmer-bezeichnet-facebook-post-als-misslungen-a-13dbcdce-3172-45c7-a4d3-aae3030cbffd>> (12.5.2021).

30 »Manchmal fallen in Kontroversen Worte, die nicht fallen sollen und nicht fallen dürfen. Dafür habe ich mich in aller Form persönlich im Gespräch wie auch schriftlich bei Rainer Koch entschuldigt. [...] Er hat die Größe, die Entschuldigung anzunehmen, wofür ich ihm dankbar bin. Insbesondere auch im Hinblick auf die Opfer des Nationalsozialismus war der Vergleich gänzlich unangebracht. Ich bedauere dies sehr und werde meine Worte künftig weiser wählen.« Zit.n. o.V., »Entsetzen und Unverständnis« nach Nazi-Vergleich des DFB-Präsidenten, in: Die Welt v.

nung zu retten versucht, was ihm nur zusätzlich demütigende Misstrauensbekundungen auf unterschiedlichen Verbandsebenen eintrug und ihm am Ende trotzdem nicht den Amtsverzicht ersparte. Auf die Logik der Skandalentwicklung ließen sich allein die beiden Fußballkommentatoren Jens Lehmann und Dennis Aogo ein, die vorbehaltlos zerknirschte Einsicht bekundeten³¹ und mit einer glaubwürdig vorgebrachten Bitte um Entschuldigung³² dem Skandal jeweils so rasch die Spitze nahmen, dass sie sich nicht um die Chance auf Rehabilitierung brachten und nach einer Karenzzeit auf Rückkehr auf die öffentliche Bühne hoffen können.

Ebenso handelte die evangelische Landesbischöfin Margot Käßmann, die nach einer ruchbar gewordenen Alkoholfahrt durch ihren raschen Rücktritt nicht nur allen weiteren Angriffen auf ihre ethische Integrität die Spitze nahm, sondern von nun an sogar ihrer Rolle als moralische Instanz neuen Glanz verlieh.³³ Wie nachhaltig dieser Stimmungsumschwung wirkte, zeigte sich in der Folgezeit, als Margot Käßmann nicht nur 2012 vom Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017 ernannt, sondern 2016 auch als mögliche Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten ins Spiel gebracht wurde. Noch radikaler gehorchte der neunte deutsche Bundespräsident Horst Köhler der Empörungslogik des politischen Skandals, als er ein Jahr nach dem Beginn seiner zweiten Amtszeit militärische Auslandseinsätze der Bundeswehr in einer ungeschickten Interviewäußerung auch aus Wirtschaftsinteressen für gerechtfertigt hielt. Die ihm daraufhin entgegenschlagende Kritik interpretierte Köhler als Respektlosigkeit gegenüber seinem Amt und quittierte sie mit einem abrupten Rücktritt, der die Bundespolitik so unerwartet traf und das Feuer des Skandals so rasch erstickte, dass die Öffentlichkeit noch Jahre später über die eigentlichen Hintergründe seines Amtsverzichts rätselte.³⁴

In die Gegenrichtung verlief der Weg des zeitweilig als künftiger Kanzler gehandelten CSU-Politikers Karl-Theodor zu Guttenberg, der Anfang 2011 aufkommende Plagiatsvorwürfe in Bezug auf seine vier Jahre zuvor eingereichte Dissertation zunächst

27.4.2021, <<https://www.welt.de/sport/fussball/article230689453/Fritz-Keller-Entsetzen-und-Unverstaendnis-nach-Nazi-Vergleich-des-DFB-Praesidenten.html>> (12.5.2021).

- 31 »Wer mich kennt, weiß, dass diese Formulierung eine nicht ernst gemeinte, unüberlegte Dummheit war, die nicht das Geringste mit meiner persönlichen Einstellung zu tun hat. Man darf solche Sprüche nicht machen, sonst werden sie gesellschaftsfähig«, schrieb Lehmann am Donnerstag bei Twitter.« Zit.n. o.V., Lehmann entschuldigt sich bei Aogo, in: sport1.de v. 6.5.2021, <<https://www.sport1.de/fussball/2021/05/lehmann-entschuldigt-sich-von-ganzen-herzen-bei-aogo>> (12.5.2021).
- 32 Zur *Bild*-Zeitung sagte Aogo: »Dieses Wort darf man selbstverständlich in überhaupt keinem Zusammenhang verwenden. Das war ein großer Fehler, ich kann mich dafür nur aufrichtig entschuldigen.« Zit.n. o.V., Aogo entschuldigt sich für Wortwahl und lässt Sky-Job ruhen, in: Die Welt v. 6.5.2021, <<https://www.welt.de/sport/fussball/article230921277/Dennis-Aogo-entschuldigt-sich-fuer-Wortwahl-und-lasst-Sky-Job-ruhen.html>> (12.5.2021).
- 33 Den Umschlagpunkt markiert die knappe Erklärung, mit der Margot Käßmann ihren Rücktritt vom Bischofsamt bekanntgab: »Fragen sind auf der Pressekonferenz an diesem Februernachmittag 2010 nicht zugelassen[,] und während die Geschlagene den Raum verlässt, klatschen Zuhörer spontan Beifall.« Marc Polednik/Karin Rieppel, Gefallene Sterne – Aufstieg und Absturz in der Medienwelt, Stuttgart 2011, S. 19.
- 34 O.V., Horst Köhler bricht sein Schweigen, in: Die Zeit v. 8.6.2011.

energisch in Abrede stellte, um sie dann unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit schrittweise doch einräumen zu müssen. Auf diese Weise büßte Guttenberg seine beeindruckende Popularität rasch ein, bevor er sich schließlich am 1. März 2011 doch zum Rücktritt vom Amt des Bundesverteidigungsministers gezwungen sah, aber immer noch jeden Täuschungsvorsatz bestritt. Statt sich rasch und vorbehaltlos zu seinem auch strafrechtlich relevanten Fehlverhalten zu bekennen, folgte Guttenberg einer desaströsen Hinhaltetaktik, die ihm weder den Verlust von Ministeramt und Dokortitel ersparte, sondern zusätzlich das Etikett eines »Lügenbarons« anheftete,³⁵ der sich von einer von der Universität Bayreuth eingesetzten Untersuchungskommission bescheinigen lassen musste, in seiner Dissertation »die Standards guter wissenschaftlicher Praxis evident grob verletzt und hierbei vorsätzlich getäuscht« zu haben und folglich die Öffentlichkeit noch über seinen Rücktritt hinaus belogen zu haben.³⁶ Erst sein durch die Ankündigung einer längeren »Auszeit«³⁷ in den USA unter Beweis gestellter Strategiewechsel hin zu Einsicht und zeitweiliger Politikabstinenz schien Guttenberg zunächst die Möglichkeit eines politischen Comebacks in der Zukunft zu eröffnen.³⁸ Aber mit seiner hartnäckigen Kritik an dem gegen ihn geführten Prüfverfahren, mit der vom eigenen Sturz unbeeindruckten Einmischung in das politische Zeitgeschehen und zuletzt mit einer zum Bruch mit der Bundeskanzlerin führenden Ausnutzung alter politischer Verbindungen für lobbyistische Zwecke³⁹ brachte sich der gefallene Hoffnungsträger anschließend selbst um alle weiteren politischen Aussichten und führte so

-
- 35 Hauke Friederichs, Karl-Theodor zu Guttenberg: Der Lügenbaron, in: Zeit Online v. 22.2.2011, <<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-02/guttenberg-wahrheit>> (14.5.2021). Vgl. auch Anne Holbach, Karl-Theodor zu Guttenberg: Vom makellosen Politstar zum Lügenbaron. Eine qualitative Frame-Analyse von Zeitschriftenartikeln vor und nach dem Plagiatsskandal, in: Margreth Lünenborg/Saskia Sell (Hg.), Politischer Journalismus im Fokus der Journalistik, Wiesbaden 2018, S. 91-112.
- 36 O.V., Guttenberg hat vorsätzlich getäuscht, in: Spiegel Online v. 6.5.2011, <<https://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/uni-bayreuth-guttenberg-hat-vorsaeztlich-getaeuscht-a-761135.html>> (14.5.2021).
- 37 O.V., Politisches Sabbatical. Guttenberg erwägt Auszeit, in: Stern v. 10.6.2011, <<https://www.stern.de/politik/deutschland/politisches-sabbatical-guttenberg-erwaegt-auszeit-3031304.html>> (14.5.2021).
- 38 »Der über eine Plagiatsaffäre um seine Doktorarbeit gestürzte Guttenberg schloss dem Bericht zufolge auch nicht aus, in die Politik zurückzukehren – er habe in E-Mails und Gesprächen mit Vertrauten von einem politischen ›Sabbatical‹, also einer Auszeit gesprochen. Ein CSU-Sprecher wollte den Bericht nicht kommentieren. In gut zwei Jahren stehen in Bayern und im Bund die nächsten Wahlen an.« Zit.n. ebd.
- 39 »Fühle sie sich von ihm getäuscht, fragen die Abgeordneten. ›Nein, so weit würde ich nicht gehen. Aber er war ganz interessengeleitet da.‹ Und das schätze sie nicht. Auf die Frage, welchen Kontakt sie zu noch zu Guttenberg pflege, antwortet die Kanzlerin: ›Er ist im Augenblick erstorben.‹« Zit.n. o.V., Letzte Zeugin im Wirecard-Ausschuss: »Der Kontakt ist erstorben«, sagt Merkel kalt über Guttenberg, in: Focus Online v. 23.4.2021, <https://www.focus.de/finanzen/boerse/anhoerung-ab-10-uhr-was-wusste-merkel-kanzlerin-muss-im-wirecard-ausschuss-als-zeugin-aussagen_id_13221793.html> (14.5.2021).

in nachgerade klassischer Weise vor, welche Folgen die Missachtung der Funktionsmechanismen des politischen Skandals zeitigen kann.⁴⁰

IV. Der Januskopf des politischen Skandals

Immer wieder haben Studien zu »Anatomie« und »Phänomenologie des politischen Skandals«⁴¹ in der modernen Mediengesellschaft den widerspruchsvollen Doppelcharakter des Skandals herausgearbeitet: Er steht für eine Verletzung, aber genauso auch für eine Bekräftigung politischer Legitimitätsregeln. Politische Repräsentanten, die sich in ihrem eigenen Verhalten nicht den von ihnen politisch selbst vertretenen Normen unterwerfen, machen sich unglaublich und diskreditieren sich in ihrem politischen Handeln. Die mit der Skandalisierung einer Regelübertretung ausbrechende Auseinandersetzung ist nach allgemeiner Ansicht daher kein Normenkonflikt, weil nicht der Geltungsanspruch der politischen Ordnung selbst auf dem Spiel steht, sondern lediglich seine Verbindlichkeit gegenüber jedermann.⁴² Der Skandal entzündet sich an der Differenz zwischen Geltungsanspruch und Geltungsrealität gesellschaftlicher Normen; indem er die individuelle Verletzung allgemeiner Regeln anprangert, bekräftigt er deren zukünftige Einhaltung.

Auf dieser paradoxalen Grundstruktur fußen denn auch die beiden konträren Lager der demokratietheoretischen Skandalforschung, die dem Skandal im einen Fall eine reinigende und systemstabilisierende Kraft zuschreiben, ihn im anderen hingegen als bedrohliches Krisensymptom und Ausdruck politischen Vertrauensverlustes interpretieren.⁴³ Vermutlich ist die bis heute andauernde Konkurrenz zwischen einem stärker funktionalistischen und einem eher essentialistischen Deutungsansatz kaum zu entscheiden, und beide Interpretationsmodelle haben gute Argumente für sich. So vermag die empirische Skandalforschung zu zeigen, dass Skandale nur selten die ihnen zugeschriebene Präventivwirkung besitzen und der von ihnen verursachte Vertrauensverlust in der Regel höher liegt als ihr politisch-moralischer Normierungs- und Mobilisierungseffekt.⁴⁴ Skandale funktionieren nach den Regeln der Dramatisierung und

40 Vgl. etwa Adrian Arab, 10 Jahre Guttenberg-Rücktritt: Der Gescheiterte, in: web.de v. 1.3.2021, <<https://web.de/magazine/politik/10-jahre-guttenberg-ruecktritt-gescheiterte-35583956>> (14.5.2021): »Karl-Theodor zu Guttenberg galt als potentieller Kanzlerkandidat, bevor er über eine Plagiatsaffäre stürzte. Immer wieder versuchte er sich an einem Comeback. Zuletzt scheiterte er an seinem Ehrgeiz.«

41 So der Untertitel der zitierten Studie von Hondrich, Enthüllung (Anm. 25).

42 Der politische Skandal kann »als eine Form des Konflikts verstanden werden, weil sich in ihm gegensätzliche soziale Ansprüche auf Geltung von Normen in einer spezifischen [...] Weise Ausdruck verschaffen«. Vgl. Neckel, Das Stellohörnchen (Anm. 20), S. 57.

43 »Als wiederkehrende, zeitweilig gehäuft auftretende und untereinander verschränkte Bestandteile der gesellschaftlichen Wirklichkeit sind politische Skandale – zumindest potentiell – bedrohlich für den Staat im allgemeinen und die Demokratie im besonderen«. Vgl. Bernhard Claußen, Politische Skandale im Kontext Politischer Bildung, in: Helmut Moser (Hg.), L'Éclat c'est moi. Zur Faszination unserer Skandale, Weinheim 1989, S. 212–223, hier S. 213.

44 Hans Mathias Kepplinger, Die Kunst der Skandalisierung und die Illusion der Wahrheit, München 2001, S. 149.

der Personalisierung; sie repräsentieren ein »archaisches Mittel, komplizierte Vorgänge wieder für einfache Wahrnehmungsschemata zugänglich zu machen«, und mögen daher als ein Kapitel »negativer Demokratie« anerkannt werden.⁴⁵ Aber sie sind eben auch ein »Zerrspiegel der Demokratie«⁴⁶ im Zeitalter der medialen Ablenkung, der mit der Illusion von Wahrheit spielt, Gefühle statt Argumente mobilisiert und weder Recht noch Revision kennt.

Für die funktionalistische These hingegen sprechen nicht weniger gewichtige Argumente. Skandale bieten die »Möglichkeit, hinter die Kulissen der politischen Bühne zu blicken«,⁴⁷ mehr noch, sie dienen dank ihrer »sozialen Funktion im Dienste der Aufklärung« als Korrektiv der Macht, sie stören »das herrschaftsfreie Untersichsein der Herrschenden« und geben eine »kathartische Antwort auf die Verletzung gültiger Kultur-normen und Sinnzuweisungen«. ⁴⁸ Den politisch-moralischen Gehalt der zum Skandal gewordenen Verfehlungen einmal beiseite gesetzt, lässt sich sagen, dass das politische System in Skandalen die Geltung seiner eigenen Normen testet: »Wo es Skandale gibt, ist *einiges* faul; wo sie fehlen, *alles*.«⁴⁹

Und in der Tat, wer wollte bestreiten, dass die Parteispenden- und Bankenskandale der jüngeren Vergangenheit in Deutschland zur »moralischen Verkleinerung der Eliten« beigetragen haben, dass die als skandalös empfundene Nutzung öffentlicher Mittel für private Bedürfnisse neuen ethischen Standards zur Durchsetzung verholfen hat, dass antisemitische Äußerungen politischer und sozialer Eliten den kulturellen Konsens über die Grundwerte unseres Zusammenlebens gefestigt und die Sensibilität gegenüber deren öffentlicher Verletzung erhöht haben? Ob Skandale eher als Schwächung oder Stärkung des demokratischen Systems zu bewerten sind, kann offenkundig nicht kategorisch, sondern nur fallweise bestimmt werden, und ihr politischer Stellenwert kann innerhalb kurzer Zeit erheblichen Schwankungen unterliegen, wie Frank Bösch für die Skandalgeschichte der Bundesrepublik gezeigt hat.⁵⁰ Unzweifelhaft aber nehmen sie einen wichtigen Platz in der politischen Kultur der Moderne ein, und dieser Platz beschränkt sich nicht allein auf Demokratien.

45 Klaus Laermann, Die gräßliche Beschörung. Zur Anatomie des politischen Skandals, in: Kursbuch 20 (1984), S. 159-172, hier S. 171.

46 Malinowski, Politische Skandale (Anm. 22), S. 46-65.

47 Karin Zintz/Silke Roennefahrt, Der politische Skandal im Spannungsfeld zwischen Inszenierung und Kontrolle. Zur »Skandalogie« am Beispiel der Kieler Affäre, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), H. 4, S. 600-609, hier S. 608.

48 Rolf Ebbinghausen, Inszenierte Öffentlichkeit und politischer Skandal. Arkanpolitik und ihre Grenzen unter den Bedingungen von bürgerlichem Verfassungsstaat und Parteiendemokratie, in: Gerhard Göhler (Hg.), Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht, Baden-Baden 1995, S. 231-239, hier S. 235f.

49 Christian Schütze, Was ist ein Skandal?, in: Julius H. Schoeps (Hg.), Der politische Skandal, Stuttgart/Bonn 1992, S. 11-36, hier S. 21.

50 Bösch, Öffentliche Geheimnisse (Anm. 13).

V. Skandal ohne Öffentlichkeit?

Aber können Diktaturen in der Moderne überhaupt politische Skandale hervorbringen, wenn ihnen doch das entscheidende Merkmal jeder Skandalbildung fehlt: eine autonome Öffentlichkeit?⁵¹ Diese Frage ist lange Zeit verneint worden. Sowohl Rechts- wie Linksdiktaturen waren und sind notorisch stark von skandalträchtigen Vorkommnissen geprägt, aber eben auch durch eine Führung, die die Ausbreitung von Enthüllung und Empörung verhinderte. Diese Feststellung gilt nicht nur für die spätere Forschung, sondern auch für das zeitgenössische Selbstverständnis diktatorischer Regime.

Allerdings wiesen auch die Gewaltherrschaften des 20. Jahrhunderts öffentliche Räume auf, in denen sich staatliche Herrschaft artikuliert und soziales Handeln vollzog. Mit der Eigendynamik öffentlicher Empörung kalkulierte der nationalsozialistische »Führer und Reichskanzler« Adolf Hitler, als er in seinem Vortrag vor dem Reichskabinett vom 3. Juli 1934 das standrechtliche Vorgehen gegen die SA-Führung auch mit dem unmoralischen Lebenswandel ihrer obersten Befehlshaber Ernst Röhm und Edmund Heines zu motivieren suchte.⁵² Auf die tödliche Wirkung des öffentlichen Gelächters rechnete unter ganz anderen politischen und gesellschaftlichen Vorzeichen SED-Generalsekretär Erich Honecker, als er seinen gestürzten Vorgänger Ulbricht zu dessen 75. Geburtstag in Pantoffeln und Morgenmantel im *Neuen Deutschland* abbilden ließ, der die Glückwünsche des Politbüros im Sitzen als ohnmächtiger Greis entgegennehmen musste.

Auch in politischen Systemen mit eingeschränkter und kontrollierter Öffentlichkeit wirkte die Trias von Missstand, Aufsehen und Empörung. Um Diktatorskandale zu erfassen, muss diese Dreiecke allerdings in doppelter Weise modifiziert werden. Denn zum einen laufen Aufsehen und Empörung unter den Bedingungen diktatorisch verformter Öffentlichkeitsfigurationen tendenziell ineinander. Bereits das Aufsehen über einen Missstand bedeutet in Gesellschaften ohne Informationsfreiheit einen Akt von regimekritischer Distanznahme. Auf der anderen Seite kommt in Diktaturen einem Faktor entscheidende Bedeutung zu, der in demokratischen Verhältnissen keine herausgehobene Rolle spielt: nämlich das Regime selbst und seine Anstrengungen, den Skandal zu verhindern, zu kanalisieren oder durch Totschweigen wenigstens vergessen zu machen.

Von dieser Erweiterung ausgehend, lassen sich auch für Gesellschaften ohne freie Öffentlichkeit unterschiedliche Ausprägungen des politischen Skandals identifizieren.

51 Vgl. für die folgenden Überlegungen zur Klassifikation von Diktatorskandalen Sabrow, Politischer Skandal (Anm. 15), S. 13–23. Zu den verschiedenen Formen von Öffentlichkeit und besonders der informellen Öffentlichkeit in der Diktatur: Adelheid von Saldern, Öffentlichkeit in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Günther Heydemann/Heinrich Oberreuter (Hg.), Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, Bonn 2003, S. 442–475.

52 Susanne zur Nieden/Sven Reichardt, Skandale als Instrument des Machtkampfes in der NS-Führung: Zur Funktionalisierung der Homosexualität von Ernst Röhm, in: Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 33–58. Siehe dazu auch den Beitrag von Martin Gollnitz im vorliegenden Band.

An erster Stelle steht dabei der Typus des inszenierten Skandals, also die absichtsvolle Nutzung gesellschaftlicher Empörung für staatlich-politische Zwecke, um politische Machtrivalen auszuschalten oder auch soziale Veränderungen durchzusetzen. Für den Nationalsozialismus wären hier etwa die bis heute irrig als »Röhm-Putsch« bezeichnete Abrechnung Hitlers mit der SA-Führung und anderen Konkurrenten im Lager der Rechten zu nennen und ebenso die Wehrmachtsaffären um Werner von Fritsch und Werner von Blomberg. Für die DDR stechen für die Phase der gesellschaftlichen und politischen Umwälzung die Kollektivierung durch Skandalisierung missliebiger Bauern und die öffentliche Namhaftmachung von Kriegsverbrechern zum Zweck der Enteignung hervor. Aber auch die auf Erzeugung von Unwillen in der Bevölkerung gerichtete Durchführung von sorgfältig orchestrierten Tribunalen zur Ausschaltung politischer Gegnerschaft fällt unter diese Kategorie. Staatlich inszenierte Skandale sind in diesem Sinne sämtlich Fälle gezielten Schürens von Empörung als Vorbereitung repressiver Maßnahmen – oder als deren Ersatz wie in den Diskreditierungsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) bzw. als erpresserische Drohung bei der Gewinnung von geheimdienstlicher und sonstiger Unterstützung. Eine weitere Spielart des inszenierten Skandals war im Bereich der sogenannten West-Arbeit der SED angesiedelt, die mit juristisch unteretzten Kampagnen vor allem gegen Theodor Oberländer, Hans Globke, Kurt-Georg Kiesinger und Heinrich Lübke die Mechanismen der Skandalerzeugung als Geschütz in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung in Stellung zu bringen suchte.

Der inszenierte Skandal bildet die klassische Ausdrucksform gelenkter Empörung in durchherrschten Gesellschaften und dient als Instrument der auf Massenmobilisierung gerichteten Diktaturen der Moderne. Aber er deckt keineswegs alle Formen öffentlicher Erregung über soziale und politische Missstände in ihr ab. Weder die Protestwelle gegen die rassistisch und eugenisch begründete Mordpolitik des NS-Regimes noch die öffentliche Erregung über Fälle von ökonomischer Privilegierung und persönlicher Bereicherung im nationalsozialistischen Machtapparat lassen sich als inszenierte Skandale beschreiben. Ebenso wenig stellten im staatssozialistischen Herrschaftsbereich die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 oder die Selbst-Ausbürgerung Wolf Biermanns im selben Jahr und schon gar nicht der wachsende Unwille gegen die repressive Politik der Greisenriege im Politbüro inszenierte Skandale dar.

Die nicht durch den inszenierten Skandal abgedeckte Verschränkung von gesellschaftlicher Empörung und staatlicher Unterdrückung fand in Herrschaftsordnungen ohne freie Öffentlichkeit unterschiedliche Ausprägungen. Im NS-Staat trat insbesondere der Typus des affirmativen Skandals hervor. Der Begriff charakterisiert die Fälle öffentlicher Empörung über einen augenfälligen Missstand, der nicht dem politischen System und seinen obersten Repräsentanten angelastet wird, sondern der Misswirtschaft unterer Funktionäre oder ausgegrenzter Sozialgruppen. Affirmative Skandale sind typisch für Konsensdiktaturen, die von einem hohen Maß an Übereinstimmung von Herrschern und Beherrschten geprägt sind. Züge einer affirmativen Skandalisierung im »Dritten Reich« trägt etwa der mit dem Berliner Feinkostgeschäft Nöthling verbundene Korruptionsskandal, in den zahlreiche »bedeutende Männer von Partei,

Staat, Wehrmacht und Diplomatie⁵³ verwickelt waren und den Hitler aus »staatspolitischen Gründen« niederschlagen ließ, während ein Bericht des Sicherheitsdienstes das »beträchtliche Aufsehen« über die entstandene »Plutokratie« besonders in Arbeiterkreisen festhielt: »Was würde der Führer dazu sagen, wenn er das alles wüßte. Was wird denn mit den Bonzen, die von Nöthling ihre Schinken und Würste bezogen haben, ohne dafür Marken abzugeben?«⁵⁴

Das Aufsehen, das Ärgernisse in diktatorisch kontrollierten Öffentlichkeiten erzeugen können, ist regelmäßig begrenzt und verläßt häufig kaum die Ebene des wispernden Gerüchts und der heimlichen Beobachtung. Im zitierten Fall des Berliner Versorgungsskandals speiste sich die wachsende Entrüstung der Steglitzer Bevölkerung nicht zuletzt aus der fortgesetzten Beobachtung, dass Nöthlings prominenter Kundschaft »Körbe und Tüten verborgenen Inhalts« in ihre vor dem Geschäft haltenden Autos getragen würden, was dem Geschäftsinhaber den abfälligen Spitznamen »Tütenaugust« einbrachte.⁵⁵

Einen affirmativen Skandal stellte im DDR-Fall das Verbot der russischen Monatszeitschrift *Sputnik* im Herbst 1988 dar, die namentlich in systemnahen Kreisen aus Verbundenheit mit der Sowjetunion gern gelesen oder zumindest zum Ausweis der eigenen Loyalität gern gehalten wurde. Von der Liberalisierungswelle unter der neuen sowjetischen Führung unter Gorbatschow getrieben, enthielt das Oktoberheft des *Sputnik* einen kritischen Beitrag zur Frage, ob es Hitler ohne Stalin gegeben hätte, der auch die selbstmörderische Bekämpfung der SPD durch die Stalin hörige KPD in der Agonie der Weimarer Republik anprangert. Eine solche Sicht war mit dem doktrinären antifaschistischen Selbstverständnis der altkommunistischen Führungsgarde nicht vereinbar und ließ den empörten Honecker persönlich die Entscheidung treffen, erst das Oktober-Heft und später die Zeitschrift insgesamt zu unterdrücken. Vom Verbot ihres *Sputnik* erfuhren die Abonnenten durch eine lapidare Pressemitteilung, dass »die Zeitschrift ›Sputnik‹ von der Postzeitungsliste gestrichen worden« sei, weil sie keinen Beitrag bringe, »der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte«.⁵⁶ Die republikweite Protestwelle, die daraufhin ausbrach, traf die SED-Führung umso unerwarteter, als sie vor allem von bislang systemloyalen Bürgern und SED-Mitgliedern ausging, die sich durch das Verbot zu unmündigen Objekten einer ihnen misstrauenden Macht degradiert fühlten und auf

53 So erläuterte August Nöthling selbst den Kreis der Kundschaft, dem er mit der bevorzugten Belieferung von rationierten Lebensmitteln gedient hatte. Siehe dazu insb. Lothar Gruchmann, Korruption im Dritten Reich. Zur »Lebensmittelversorgung« der NS-Führerschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994), H. 4, S. 571–593, hier S. 572. Dort finden sich auch die folgenden Zitate. Zum Begriff des Korruptionsskandals Frank Bajohr, Der folgenlose Skandal. Korruptionsaffären im Nationalsozialismus, in: Martin Sabrow (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 59–76.

54 Gruchmann, Korruption (Anm. 53), S. 581.

55 Ebd.

56 Mitteilung der Pressestelle des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen, in: Neues Deutschland v. 19./20.11.1988.

diese Bevormundung mit Aufkündigung ihrer Loyalität reagierten.⁵⁷ Die Flut von Eingaben gegen das *Sputnik*-Verbot, die beim Zentralkomitee (ZK) der SED eingingen, und die Vielzahl an kritischen Meinungsäußerungen, die das MfS registrierte, stammten überwiegend von enttäuschten Stützen und nicht von überzeugten Widersachern des Systems.⁵⁸ 75 Prozent aller Eingaben hatten SED-Mitgliedern verfasst, und ihr Zorn richtete sich nicht auf das sozialistische Projekt, sondern auf seine schlechten Sachwalter. Konsequenterweise suchte die Parteiführung im Umbruch von 1989 das immer noch anhaltende Nachbeben dieses affirmativen Diktaturskandals dadurch abzufedern, dass sie für das Ärgernis den unterdes abgelösten Generalsekretär Honecker persönlich verantwortlich machte.⁵⁹

Einem dritten Typus von Diktaturskandalen lassen sich die von einem empfundenen Missstand ausgehenden Ausbrüche öffentlicher Empörung zurechnen, die die normative Verfassung diktatorischer Herrschaft angreifen, indem sie eine »zweite Öffentlichkeit« oder sogar Gegenöffentlichkeit zu schaffen vermögen.⁶⁰ Fundamentale Skandale sind in besonderer Nachdrücklichkeit mit dem Bemühen um ihre Unterdrückung durch die Machthaber verbunden; wenn diese Eindämmung scheitert, entfalten sie eine Wirkungsmacht, die die geltende Herrschaftsordnung fundamental zu bedrohen vermag. Zu einem solchen gegenöffentlichen Fundamentalskandal kam es bis zum Zusammenbruch der NS-Herrschaft nie, wohl aber in der finalen Krise der DDR. Er entwickelte sich aus dem anschwellenden Protest gegen die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989, die zu einem Kräftemessen zwischen dem Regime und der erstarkenden Opposition in der DDR wurden. Seinen Anlass bot der taktische Fehler der Behörden, die die Teilnahme unabhängiger Wahlbeobachter nicht unterbanden, zugleich aber die altbekannte Praxis der willkürlichen Aufbesserung von Zustimmungsraten in der Konkurrenz der 16 DDR-Bezirke um das beste Resultat beibehielten. Für eine Diktatur, die ihre Legitimation seit jeher aus der Idee der historischen Gesetzmäßigkeit, nicht aber aus der Empirie des Bürgerwillens hergeleitet hatte, stellte die anschließende Schönrechnung der von den Wahllokalen übermittelten Wahlergebnisse

57 Vgl. Martin Sabrow, Die Wiedergeburt des klassischen Skandals: Öffentliche Empörung in der späten DDR, in: Ders. (Hg.), Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR, Göttingen 2004, S. 231-265.

58 »Der Zorn über das selbstherrliche Eingreifen der obersten Chefs hat sogar die Genossen erfaßt. Parteibücher wurden zurückgegeben, Gruppenleiter der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft in Betrieben drohten die Auflösung ihrer Gruppen an, sollten die Verbote nicht zurückgenommen werden.« Vgl. Marlies Menge, Wachsender Zorn über die Zensur. Auch vor Erich Honecker macht die Kritik nicht mehr halt, in: Die Zeit v. 2.12.1988.

59 »Dafür, daß wir die falsche Entscheidung damals zu rechtfertigen versucht haben, entschuldigen wir uns – bei den vielen Lesern, die sich in Briefen empört darüber gezeigt haben, und auch bei der ›schweigenden Mehrheit‹. [...] Der damalige Generalsekretär Erich Honecker [...] bestimmte [...], daß der ›Sputnik‹ von der Postzeitungsliste gestrichen wird. Der Minister für Post- und Fernmeldewesen hatte damit nichts zu tun. Das ist der sachliche Vorgang, der von vielen Bürgern als Ausdruck der Entmündigung und einer ernsten Schädigung des Verhältnisses zur Sowjetunion verurteilt wurde.« Siehe dazu o.V., Wie war es wirklich mit dem »Sputnik«-Verbot, in: Neues Deutschland v. 16.11.1989.

60 Zum Begriff der »zweiten Öffentlichkeit«: Ray Rühle, Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig, Münster u.a. 2003, S. 59f.

eine nachgerade selbstverständliche Praxis dar, über die auch auf Seiten der Wählerinnen und Wähler wenig Zweifel bestanden haben dürfte.⁶¹ Aber die parallele Auszählung von landesweit etwa 1.000 Wahllokalen durch unabhängige Wahlbeobachter ergab durchweg höhere Anteile von Nein-Stimmen als nach den offiziellen Zahlen, und damit fand die jahrzehntelange Missachtung des Wählerwillens in der DDR eine Bestätigung, die umgehend in verschiedenen Kirchengemeinden öffentlich gemacht und auch der westlichen Presse zugespielt wurde.

Geradezu modellhaft entfaltete das Skandalgeschehen sich in der Trias von Missstand, Aufsehen und Lärm, und weil es dem Herrschaftsapparat nicht mehr gelang, die von den oppositionellen Gruppen und ihrem kirchlichen Schutzraum im Verein mit dem westlichen Resonanzraum erzeugte Gegenöffentlichkeit zu ersticken, steigerte die Auseinandersetzung um die gefälschten Kommunalwahlen sich im weiteren Lauf des Jahres Zug um Zug zu einem herrschaftsbedrohenden Fundamentalskandal. Jeweils am Monatssiebten fanden ab Juni 1989 oppositionelle »Wahldemos« statt, die am 7. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin zum Massenprotest anwuchsen und infolge der Brutalität der gegen sie vorgehenden Sicherheitskräfte den Umschlagpunkt markierten, an dem der ursprünglich gegenöffentliche Skandal gesamtöffentliche Kraft erlangte. Von diesem Zeitpunkt an konnte die SED-Führung ihre Kontrolle über das Skandalgeschehen immer weniger aufrechterhalten und wurde vom Wachstum der öffentlichen Empörung binnen weniger Wochen in den Abgrund gerissen. Die Steigerungsspirale der zügig die ganze Republik erfassenden Kaskade von Einzelskandalen reichte von der kurz darauf zu einem Untersuchungsausschuss der Volkskammer führenden Polizeigewalt am 7. und 8. Oktober über eine Parteiführung, die am 2. Oktober im *Neuen Deutschland* den Ausreisern aus der DDR »keine Träne nachzuweinen« verlangte.⁶² Sie zog sich weiter zu dem stammelnden Auftritt des Staatssicherheitsministers Erich Mielke, der die einst tödliche Furcht vor der Staatssicherheit in tötende Lächerlichkeit verwandelte, als er am 13. November 1989 in der Volkskammer alle Menschen zu lieben behauptete. Und sie fand ihren Höhepunkt in der Wut und Fassungslosigkeit nach sich ziehenden Aufdeckung der ausgedehnten Privilegienwirtschaft in der Parteiführung, die ein am 23. November in die Wandlitzer Funktionärssiedlung eingedrungenes Kamerateam des Jugendmagazins *Elf99* filmisch dokumentieren konnte. Es hätte nicht der brandbeschleunigenden Äußerung des ZK-Sekretärs Kurt Hager bedurft, der Wandlitz vor der Kamera in eine Reihe mit den von ihm durchlaufenen Internierungslagern des NS-Regimes stellte, um die historische Wirkungsmacht politischer Skandale zu demonstrieren, die nicht nur unter rechtsstaatlichen Bedingungen, sondern auch in Gesellschaften ohne freie Öffentlichkeit aus zunächst unbedeutend scheinenden Missständen heraus zum Zusammenbruch politischer Ordnungen führen können.

Die systemsprengende Wucht der Empörung über die Wasser predigende und Wein trinkende Machtelite der DDR 1989/90 beleuchtet einmal mehr, wie sehr der Skandal

61 Vgl. die minuziöse Darstellung der Protestentwicklung bei Erhart Neubert, Kommunalwahlen in der DDR 1989, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Skandale (Anm. 2), S. 187-199.

62 O.V., »Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt«, in: Neues Deutschland v. 2.10.1989.

mit der Geschichte der Moderne verbunden ist. Mit der Herausbildung einer politischen Öffentlichkeit seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert wurde er zu einem immer wichtigeren Modus der Auseinandersetzung und der Teilhabe des rasonierenden Publikums am politischen Geschehen; das auf diese Weise Normverletzungen anprangern und Gegenmacht entfalten konnte. Um eine Verfehlung zum Skandal werden zu lassen, muss sie allerdings gegen alle Vertuschungsabsichten ihrer Urheber an das Tageslicht gebracht werden können, und um politische Auswirkungen zu zeitigen, bedarf es darüber hinaus eines ungehinderten Austauschs von Nachrichten und Meinungen, der Aufsehen in Empörung zu verwandeln und so dem Skandal seine charakteristische Dynamik zu verschaffen vermag. Aber auch dort, wo diese Voraussetzungen der öffentlichen Kommunikation nicht oder nur eingeschränkt gegeben sind, können sich diktaturspezifische Spielarten der gesellschaftlichen Empörung entwickeln, die der Dreiecksbeziehung des klassischen Skandals gehorchen und fallweise auch der Kontrolle der Machthaber und ihrer dahin diktatorisch beherrschten Öffentlichkeit entgleiten.

Diese Baugesetze zu kennen, reicht gleichwohl nicht hin, um die historisch informierten Beobachter*innen eines Skandals klüger zu machen als seine Betroffenen. Auch für das mit der Neuzeit in die Welt getretene Phänomen des politischen Skandals trifft zu, was für alle geschichtliche Erkenntnis gilt: dass es die »Orientierung in der Gegenwart zu erleichtern« hilft, aber selbst keine unmittelbar übertragbaren Lehren bereithält.⁶³ So gewiss es ist, dass die im 19. und 20. Jahrhundert messbare Fieberkurve der Skandalisierung durch das Hinzutreten der *social media* im digitalen Zeitalter und die damit verbundene explosionsartige Erweiterung der öffentlichen Partizipationschancen in der jüngsten Vergangenheit immer weiter gestiegen ist, so unsicher ist die aus diesem Befund abzuleitende Prognose. Wird der politische Skandal die öffentliche Debatte in Zukunft auch weiterhin in wachsendem Maße prägen und damit die moralische Selbstkontrolle der Gesellschaft befördern, oder wird die immer häufigere Aufdeckung von Verfehlungen und Missständen ganz im Gegenteil eine in gleichem Maße nachlassende Empörungsbereitschaft der Öffentlichkeit nach sich ziehen? Zumindest die nachhaltige Veränderung der politischen Kultur der USA in der Ära Trump spricht eher für die letztere Vermutung.

63 Jürgen Kocka, Lehrmeisterin des Lebens. Geschichtswissenschaft als politische Kraft, in: Indes 9 (2020), H. 3, S. 67-76, hier S. 68.